

OÖ. Nachrichten, 16.11.2010

Landespolitik fordert in Hallstatt Rücksicht auf die Bewohner

HALLSTATT. Der Widerstand der Hallstätter gegen das Bundesdenkmalamt lässt auch die Landespolitiker aktiv werden. Morgen wird der Landtag „Rücksicht auf die Hallstätter Bevölkerung“ einfordern.

280 Häuser, nahezu den ganzen Ort Hallstatt, will das Bundesdenkmalamt unter Schutz stellen, die Bevölkerung wehrt sich massiv. Denn die Bewohner fürchten, dann nicht mehr „Herren in ihren eigenen Häusern“ zu sein. Denn: Stellt das Denkmalamt ein Gebäude unter Schutz, sind Veränderungen praktisch verboten. Den Beamten des Bundesdenkmalamts muss auch Zutritt gestattet werden, alle baulichen Änderungen, unter Umständen auch die Einrichtung, muss von den Denkmalschützern genehmigt werden (die OÖN berichteten). Vergangene Woche demonstrierten



Widerstand in Hallstatt (APA)

Hallstätter Bürger schon in Wien, morgen wird sich auch die Landespolitik auf ihre Seite stellen. Eine Resolution an den Bund, die von der SP eingebracht und von VP und Grünen mit unterschrieben wurde, wird sicher mit den Stimmen dieser drei Landtagsparteien beschlossen, die FP dürfte sich in der morgigen Sitzung entscheiden. „Darin verlangen wir, sicherzustellen,

dass Unterschutzstellungen in Hallstatt im Einvernehmen mit der Bevölkerung entschieden werden“, sagt SP-Klubobmann Karl Frais: „Ohne Mitbestimmung der Gemeinde und der Betroffenen soll kein Denkmalschutz verhängt werden dürfen“.

Hallstatt hat in den Jahren 2001 bis 2009 fast neun Prozent seiner Bewohner verloren und gehört damit zu den am stärksten von Abwanderung betroffenen Gemeinden in Oberösterreich. „Man muss aufpassen, dass derartige Maßnahmen, wie sie das Denkmalamt plant, nicht zur Entvölkerung führen“, sagt Frais. Hallstatt könnte insbesondere für jüngere Bewohner „zunehmend unattraktiv“ werden.

Sollten gesetzliche Änderungen notwendig sein, seien „diese Regelungen entsprechend anzupassen“, heißt es in der Resolution. (bock)